

Mai 2024 | Nachrichten des Bundes der Steuerzahler in Schleswig-Holstein



Müssen sie über den Landeshaushalt 2024 entscheiden? Die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts in Schleswig.

Foto: © Landesverfassungsgericht

## Notkredite vor Verfassungsgericht?

Fraktionen von FDP und SPD lassen Klage gegen den Landeshaushalt 2024 prüfen

Die Fraktionen von FDP und SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag haben einen Gutachter beauftragt, eine Klage gegen den Landeshaushalt 2024 vor dem Landesverfassungsgericht zu prüfen. Grund sind die Notkredite. Für den Bund der Steuerzahler ist dieses ein Erfolg. Wir hatten die Landtagsabgeordneten aufgefordert, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Auch für uns ist er verfassungswidrig.

Landesverbandspräsident Dr. Aloys Altmann wandte sich mit einem offenen Brief an alle Landtagsabgeordneten. Darin nahm er Bezug auf ihre Beratungen über dem Landeshaushalt 2024 im Finanzausschuss. Nicht nur wir, sondern auch der Landesrechnungshof, der wissenschaftliche Dienst des Landtages und mehrere Gutachter äußerten große Zweifel an der Einhaltung des Verfassungsrechts. Hintergrund sind die Notkredite, die mit Hinweis auf die nachwirkende Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg und die Ostsee-Sturmflut aus dem Herbst 2023 aufgenommen wurden.

Nach der Verfassung müssen diese zeitnah dazu dienen, die festgestellten Notlagen zu bewältigen. Nach unserer Auffassung gehören aber der Bau von Radwegen, eine neue Beachvolleyball-Halle für die Universität und die Förderung der Northvolt-Ansiedlung nicht zur Krisenbewältigung. Vielmehr dienen sie dazu, die Zukunft des Landes zu gestalten. Altmann schrieb deshalb klar und deutlich: „Umfang, Zweckbindung und zeitlicher Zusammenhang der vorgesehenen Notkredite entsprechen nicht den Anforderungen der Verfassung“.

Für uns ist es wichtig, dass die Verfassung kein beliebiger Rechtsrahmen ist, um sie je nach aktueller politischer Großwetterlage in die eine oder andere Richtung zu drehen. „Das Grundgesetz und die Landesverfassung stehen zweifelsfrei über jedem noch so gut gemeinten politischen Gestaltungswillen und allen anderen Überlegungen. Deshalb sind Sie in der Pflicht, den vorliegenden Haushaltsentwurf abzulehnen“, schrieb Altmann deshalb an die Abgeordneten.

Unabhängig vom Verfassungsrecht führt die aktuelle Haushaltspolitik absehbar in eine Schuldenfalle, die noch in der laufenden Le-

gisaturperiode der Politik jeglichen Gestaltungsspielraum nimmt, wenn jetzt nicht massiv gegengesteuert wird.

Altmann äußert in seinem Brief Verständnis, dass eine „Vollbremsung“ bei den Ausgaben des Landes nicht einfach sei. Gefragt seien jetzt schwierige Abwägungen und Priorisierung. Dafür müssten an anderer Stelle auch unangenehme Kürzungen beschlossen werden. Auch hier gelte: „Jede Verschiebung der Problemlösung macht die Probleme nur größer und schlimmer“. Altmann verband seine Aufforderung mit dem Angebot, bei den schwierigen Entscheidungen mit Vorschlägen und Anregungen zu unterstützen.

Unsere Aufforderung hat gewirkt! Zwar haben die Abgeordneten der Regierungskoalition aus CDU und Grünen zusammen mit dem SSW den Haushalt mit ihrer Mehrheit beschlossen. FDP und SPD haben jedoch dagegen gestimmt. Gleichzeitig haben sie beschlossen, eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht wegen der nicht zeitnahen und sachgerechten Notkredite durch einen renommierten Verfassungsrechtler prüfen zu lassen. Eine Klage in Schleswig kann immer nur von zwei Fraktionen im Landtag gemeinsam geführt werden. Die SPD hat lange mit sich gerungen, ob sie diesen Weg mitgehen soll, weil sie in der Vergangenheit eine Aufhebung der Schuldenbremse gefordert hatte. Doch nicht zuletzt die klaren Ergebnisse der Anhörung und die Aufforderung durch den Bund der Steuerzahler haben den Ausschlag gegeben für den Vorrang des Verfassungsrechts.

Für den Bund der Steuerzahler ist dieses ein großer Teilerfolg, weil mit der Verfassung und den Ausnahmeregelungen für Notsituationen jetzt nicht mehr beliebig umgegangen werden kann!

Rainer Kersten

[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Effektiver Einsatz für Natur- und Umweltschutz

## Gastbeitrag von Dr. Florian Liedl, Sprecher der Regionalgruppe S-H

**Der Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V. (BBN) vertritt neben seiner Tätigkeit auf Bundesebene auch über Regionalgruppen die Standpunkte der hauptberuflich in Natur- und Umwelt tätigen „Profis“. Dr. Florian Liedl, Garten- und Landschaftsarchitekt aus Selent, ist Sprecher der Regionalgruppe Schleswig-Holstein und Autor unseres heutigen Gastbeitrages:**

Der BBN ist als Organisation beruflich tätiger Naturschutzfachleute, anders als einige der bekannten großen Naturschutzverbände, keine an der Mitgliederzahl gemessene Massenorganisation. Ebenso beansprucht der weitläufig über Behördenmitarbeiter wie auch Hauptamtliche in den Verbänden vernetzte Naturschutzverband keinerlei berufsbedingte ‚Besserwiserei‘ gegenüber ehrenamtlich engagierten Aktiven. Allerdings konzentriert sich der Fokus des BBN hinsichtlich Stellungnahmen auf übergeordnete naturschutzrelevante Vorgänge, wie unterschiedliche Gesetzgebungsverfahren, Verordnungen, Richtlinien und übergeordnete Planwerke vor allem seitens der Ressortzuständigkeiten Umweltministerium, Landesplanung und Innenministerium. Hierbei erfolgen Mitwirkungen an vielfältigen Gesprächsrunden oder Anhörungsverfahren und ausführliche Stellungnahmen. Der BBN beteiligt sich im Regelfall nicht auf Ebene örtlicher Vorgänge, wie etwa bei Bauleitplanungen oder lokalen Naturschutzprojekten.

Von seiner Tätigkeit her wie auch Aussagen ist der BBN überparteilich ausgerichtet auf Sachverhalte und fachliche Kritik. Er wendet sich verstärkt mit Verbesserungsvorschlägen an die dafür politischen Verantwortlichen. Der BBN ist an einer guten oder zumindest einigermaßen leistungsgerechten Ausstattung der Fachbehörden der verschiedenen Ebenen interessiert und macht sich derzeit Sorgen um eine ausreichende Nachfolge für zahlreiche, absehbar in den Ruhestand wechselnde, kompetente und gut eingearbeitete Fachkräfte. Er sieht die Gefahr, dass deren umfassendes und langjährig angesammeltes Wissen ohne rechtzeitige Einstellung und Einarbeitung von Nachfolger\*innen schlagartig fehlen

könnte. In der Folge würden aus Kapazitätsgrenzen zahlreiche Verfahren verschleppt und nicht sachgemäße Entscheidungen zu ineffektiven Maßnahmen und Standortunsicherheiten führen können. Bei Natur und Umwelt sind generell klare Aussagen, zügige Entscheidungen und verlässliche Planungssicherheit gefragt. Dies unterstützen auch in Ingenieurbüros tätige Gutachter und Fachplaner. Weitere BBN-Kollegen arbeiten im Bereich der Umweltbildung, in Landesämtern oder auch Naturschutzstiftungen.



*Dr. Florian Liedl: „Es ist unverantwortlich, künftigen Generationen durch unsere Untätigkeit ausgelöste negative Umwelteffekte samt Altlasten und aufgebrauchten Ressourcen zu vererben, zusammen mit dann zurückzuzahlenden, aktuell eingegangenen Zahlungsverpflichtungen in Milliardenhöhe.“*

In seiner Intention hinsichtlich Effektivität strebt der BBN SH dabei keine Aufblähung von Fachbehörden an, legt aber Wert auf eine ausreichende personelle Ausstattung mit qualifizierten Kräften zur Bewältigung der vom Gesetzgeber vorgegebenen Aufgaben. Somit sieht der BBN mit besonderem Augenmerk auch darauf, dass Umweltprogramme, ausgearbeitete Fachplanungen etc. nicht in ‚schön‘ gedruckten Papierwerken lediglich in der Theorie verbleiben. Leider ergeben Nachforschungen verbreitete Vollzugsdefizite in der Realität; so etwa, dass bei der in langen Verfahren festgelegten Ausgleichsmaßnahmen ausbleibende Umsetzungen keine Ausnahme darstellen. Für die gesetzlich vorgeschriebene Funktionsfähigkeit von Natur- und

Landschaft ist die konkrete Maßnahmenumsetzung in der Realität wichtiger als die Formulierung immer neuer Programme und die dabei erforderliche Absorbierung der begrenzten Fachkräfte und verfügbaren finanziellen Ressourcen.

Wiederkehrend wird bei Diskussion um Entbürokratisierung und Genehmigungsbeschleunigung sofort von Beseitigung oder Aussetzen von Umweltregularien und Beteiligungsverfahren gesprochen. Leider kann die Umweltberücksichtigung nicht auf später vertagt werden und dann würden die nach uns das alles irgendwann irgendwie reparieren müssen. Viele Schädigungen sind aber irreparabel und andere erheblich störende Effekte belasten bei vielleicht möglicher Teilreparatur Betriebe und Steuerzahler bereits kurzfristig immens.

Wer Planungssicherheit und Verfahrensbeschleunigung einfordert, muss dafür auch effiziente Verfahren und Finanzmittel sowie ausreichend Fachpersonal bereitstellen. Hinsichtlich effektiver Verwendung öffentlicher Finanzen und somit Steuerzahlerbeiträge ergeben sich dann auch Synergieeffekte, die mich als selbständigen Umweltplaner zu einer aktiven Mitgliedschaft im Bund der Steuerzahler brachten. Spektakuläre Naturschutzgroßprojekte, wie alle Bauvorhaben müssen daran gemessen werden, ob sie wirklich effektiv die angestrebten Ziele erreichen. Ein regelmäßig eingeforderter ‚Naturschutz mit Augenmaß‘ sollte ja eigentlich nicht heißen, bei der Umsetzung wegzuschauen.

Bei der Erhaltung der Artenvielfalt und der natürlichen Funktionsfähigkeit von Natur und Landschaft müssen die vielfältig wechselnden, gesellschaftlichen Entwicklungen, technologischen Neuerungen und Bedürfnisse der Menschen bedacht werden. Dies passiert nicht automatisch und bedarf ausreichend strukturierte Professionalität der an täglichen Entscheidungen beteiligten Akteure. Biodiversität, also die Lebensvielfalt, ist kein Luxusbegriff, sondern umfasst schlicht die Funktionsfähigkeit unserer Lebensgrundlage und unseres Wohlstands.

# Solar-Fähre fährt nicht

*Pleiten, Pech und Pannen beim Neubau der Schleifähre Missunde*

Die für rund 4 Millionen Euro neu gebaute Solarfähre „Missunde III“ kann die Schlei nicht sicher überqueren. Das Vorgänger-Boot war bereits verkauft, musste jetzt teuer zurückgekauft werden. Für die Schlei-Region ist das eine Katastrophe zum Saisonstart. Eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen.



Neue Solar-Fähre „Missunde III“ mit ihrem großen Sonnendach, das dazu beitrug, dass die Fähre sich nicht sicher manövrieren lässt. Foto: LKN

Die Schlei, ein Meeresarm der Ostsee zwischen Maasholm und Schleswig, trennt die Landesteile Angeln und Schwansen. Seit jeher war es ein Bedürfnis der Menschen auf beiden Seiten, die Schlei überqueren zu können. Doch so schwierig wie zurzeit war es wohl noch nie in der Geschichte des Landes: Die kombinierte Eisenbahn- und Autoklappbrücke bei Lindauis, die seit 1892 in Betrieb ist, muss dringend erneuert werden. Während der Bauarbeiten gibt es nur eine provisorische Überquerung für Fußgänger und Radfahrer. Die Fähre bei Arnis ist vorübergehend aus gesundheitlichen Gründen des Betreibers außer Betrieb. Deshalb setzten Anwohner und die Tourismuswirtschaft auf eine schnelle Ersatzlösung für die Fähre Missunde. Doch daraus wurde jetzt nichts. Monatelang blieb nur die Schleibrücke in Kappeln als Querung.

Die Fährstelle Missunde gehört dem Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein. Der Betrieb ist verpachtet. An einer der schmalsten Stellen der Schlei wird eine Seilfähre eingesetzt, die sich mit Motorkraft an einem im Wasser liegenden Seil von einem zum anderen Ufer zieht. Die bislang eingesetzte Fähre „Missunde II“ war nach 21 Betriebsjahren marode. Die maximale Zuladung musste von 22,5 Tonnen aus Sicherheitsgründen zuletzt auf 7,5 Tonnen reduziert werden. Das sogenannte Fährzeugnis, vergleichbar mit dem TÜV-Stempel beim Auto, war abgelaufen. Um ein neues Zertifikat zu bekommen, das den aktuellen Sicherheits- und Umweltvorschriften entspricht, waren Reparaturen im geschätzten Umfang von 1,8 Millionen Euro notwendig. In dieser Situation entschied der Landesbetrieb, eine komplett neue Fähre zu bauen.

Mit der alten Fähre wurden pro Jahr im Schnitt 120.000 Fahrzeuge sowie 50.000 Fahrräder befördert. Die Tourismuswirtschaft und die Anlieger wünschten sich jedoch eine größere Transportkapazität. Zum einen sollten auch Reisebusse die höchst attraktive Fährfahrt nutzen können und zum anderen wollten sich Landwirte mit den schwerer werdenden Gespannen große Umwege ersparen. So wurde eine Fähre projektiert, die eine maximale Zuladung von 45 Tonnen tragen konnte.

Außerdem hat sich das Land Schleswig-Holstein zum Ziel gesetzt, zum ersten klimaneutralen Industrieland in Deutschland zu werden. Deshalb sollte anstelle eines Dieselmotors ein rein elektrischer Antrieb mit Solarzellen gebaut werden. Diese Kombination gab es

so bislang in Deutschland nicht. Heute wissen wir, dass das Experiment gründlich ins Wasser gefallen ist.

Zunächst führten Lieferengpässe zu Bauverzögerungen bei der rund 4 Millionen Euro teuren neuen Solar-Fähre. Dann mussten auch die Anleger auf beiden Seiten für die höheren Lasten und die größeren Abmessungen angepasst werden. Anfang des Jahres sollte nach Abschluss der Arbeiten die Indienststellung erfolgen.

Doch es kam ganz anders. Testfahrten bei schlechtem Wetter hatten ergeben, dass die Fähre nicht sicher zu betreiben ist. Das große Dach mit den Solarfeldern wirkt im Wind wie ein Segel. Der deutlich größere Rumpf wird von der Strömung mitgerissen. So kann das Seil die Fähre, die über keine eigenen Manöviereinrichtungen verfügt, nicht auf Kurs halten. Mehrfach stellte sich die Fähre quer und ließ sich nicht mehr am Anleger festmachen.

Vom Landesbetrieb hieß es beschwichtigend, dass es vor den Testfahrten keine Möglichkeit gegeben habe, das tatsächliche Fahrverhalten des neuen Schiffstyps zu prüfen. Deshalb müsse man bei solchen Neuentwicklungen mit Nachbesserungen rechnen. Billig sind diese für den Steuerzahler jedoch nicht: Nach einer vorläufigen Hochrechnung summieren sie sich auf über 2,1 Millionen Euro, wie uns der Landesbetrieb mitteilte.

Dramatisch für die Region ist zudem, dass die Nachbesserungen viele Monate in Anspruch nehmen werden. Bis Mitte April gab es keinen Fährbetrieb. Die alte Fähre war bereits an einen neuen Eigentümer in Dänemark verkauft worden – für 16.000 Euro Schrottwert. Auf die Schnelle hat man entschieden, diesen Vertrag rückgängig zu machen. Das ließ sich der Eigentümer mit 50.000 Euro bezahlen! Zudem musste das alte Schiff für 14 Tage in die Werft, damit es zumindest bis zum 1. Oktober wieder eingesetzt werden kann. Ein Teil der neuen Fähranleger musste dafür zurückgebaut werden.

Die Kosten für die Verlängerung des Fährzeugnisses und den Rückbau der Anleger waren zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Fest steht aber bereits, dass für die Steuerzahler das Kapitel Schleifähre Missunde noch viel teurer werden wird.

**Rainer Kersten**  
rainer.kersten@steuerzahler.de

# Blick durch das Land

„Was macht eigentlich ...?“ ist eine beliebte Rubrik insbesondere in Boulevard-Medien, in der darüber berichtet wird, wie es einem (angeblich) Prominenten geht, von dem man lange nichts gehört hat. „Was machen eigentlich ...?“ fragen sich oft auch die Steuerzahler, wenn sie darüber nachdenken, was die vielen Stellen im öffentlichen Dienst bewirken, die von den Politikern in den letzten Jahren geschaffen wurden.

Was machen eigentlich die zwölf Ranger, die neu eingestellt wurden und über ganz Schleswig-Holstein verteilt die Natur erklären sowie Fehlverhalten verhindern sollen? Danach von den Medien befragt, äußerten einige freimütig, dass sie mit diesem Job ihr Hobby zum Beruf gemacht hätten. Und der Leiter der Gruppe hat nach eigenen Angaben früher einen Waldkindergarten geleitet. Nun ist es niemandem zu verdenken, wenn er für sich einen Traumjob findet. Aber vermisst haben wir die Ranger bislang nicht. Und die meisten von uns wollen vermutlich auch nicht wie in einem Waldkindergarten behandelt werden. Vielleicht wäre das Geld deshalb für andere Krisen und Notlagen auch besser aufgehoben.

Wo wir bei der Umwelt sind: Was machen



eigentlich die 600 Mitarbeiter, die seit Jahren im Landesamt für Umwelt arbeiten? Für den Ostseeschutz haben sie offenbar nichts

erreicht, denn die Politik hat dafür jetzt einen Aktionsplan beschlossen, damit die Umwelt hier besser geschützt wird. Wir ahnen schon: Hierfür soll es eine neue Einrichtung mit zusätzlichen Stellen geben. Warum kürzt man nicht einfach die Mittel bei den Behörden, die bislang nicht genug für diese Ziele bewirkt haben?

Die gleiche Frage kann man auch in einem anderen Fall stellen: Was machen eigentlich die über 1.300 Mitarbeiter des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr? Die Zuständigkeit für die Autobahnen ist bereits abgegeben, der Zustand der anderen Straßen ist oft desolat und wird eher schlimmer als besser. Gleichzeitig fehlen überall Radwege oder sie sind in einem erbärmlichen Zustand.

In den Kommunen sieht es nicht besser aus: Was machen eigentlich die 5.000 Beschäftigten der Landeshauptstadt Kiel? Seit Jahren steigt der Stellenplan massiv an. Doch von besseren Dienstleistungen spüren die Bürger nichts. Immer noch gibt es erhebliche Rückstände bei der Bearbeitung von Führerscheinen und neuen Personalausweisen. Schneller und besser geworden ist mit den vielen neuen Dienstposten jedenfalls nichts.

Was sagt uns das? Geld und Stellen lösen keine Probleme! Offenbar hapert es nicht an den Ressourcen, sondern an der effizienten Organisation. Die vielen Beschäftigten kosten aber nicht nur jetzt viel Geld, für die Beamten müssen künftig auch dann noch Pensionen bezahlt werden, wenn sie gar nicht mehr tätig sind. Vorsorge hat zumindestens das Land nur unzureichend getroffen. Und dieser Versorgungsfonds soll jetzt auch noch aufgelöst werden, um aktuelle Aufgaben zu finanzieren.

Künftig wird es also heißen: „Ihr seid zwar noch alle da, aber wir können euch nicht mehr bezahlen!“ Was machen dann unsere ganzen Staatsdiener im Ruhestand?

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., [www.steuerzahler-sh.de](http://www.steuerzahler-sh.de)

**Redaktion:** Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: [schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:schleswig-holstein@steuerzahler.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Roger H. Müller, Rainer Kersten

**Erscheinungsweise:** 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

**Auflage:** 7.000, 53. Jahrgang, 5/2024

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag u. Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, Mail: [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de)

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel



## LNG-Terminal besichtigt

30 Mitglieder und Gäste des BdSt-Kreisverbandes Dithmarschen hatten die Gelegenheit, einmal hinter die Kulissen zu schauen: Sie besuchten den Elbehafen in Brunsbüttel und konnten dabei auch das schwimmende LNG-Terminal besichtigen.

In einem interessanten Vortrag gab Frank Schnabel (Bild) einen Überblick über die privat betriebenen Häfen der Schramm-Gruppe. Er erläuterte die aktuellen Herausforderungen bei der Logistik im Wettbewerb mit öffentlich betriebenen Hafenanlagen. Schon früh habe sein Unternehmen auf die Logistikanforderungen für erneuerbare Energien reagiert. Derzeit liegt ein riesiges schwimmendes LNG-Terminal in Brunsbüttel am Kai. Dort kann das verflüssigte Erdgas, das aus allen Teilen der Welt kommt, angelandet und für die Einspeisung in das Gasnetz wieder erwärmt werden. Schnabel betonte, dass sein Unternehmen dafür nur die Hafeninfrastruktur zur Verfügung stelle.

Hochinteressant war für die Teilnehmer der Rundgang über die Flächen des Universalhafens. Im Brunsbütteler Elbehafen werden nicht nur Brennstoffe, sondern auch Baustoffe, Container und Gefahrgüter umgeschlagen. Gerade auch der Baustoffumschlag hat mit den vorbereitenden Arbeiten für die Ansiedlung der Northvolt-Fabrik in Heide noch einmal deutlich zugenommen. So waren überall rege Aktivitäten zu beobachten, die den Besuchern vom Bund der Steuerzahler fachkundig erläutert wurden.

Wegen der großen Nachfrage und der beschränkten Platzkapazität mussten wir leider einigen Interessierten absagen. Aber es ist bereits ein Folgetermin vereinbart für den 9. September 2024. Interessenten können sich gern an unsere Landesgeschäftsstelle in Kiel wenden.